

Entwicklung der Geldmenge

Die Jahreswachstumsrate der weit gefassten Geldmenge M3 belief sich im Juni 2022 auf 5,7 Prozent nach 5,8 Prozent im Mai. Im Dreimonatsdurchschnitt bis Juni betrug sie 5,9 Prozent. Die Komponenten von M3 entwickelten sich wie folgt: Die jährliche Wachstumsrate des enger gefassten Aggregats M1, das den Bargeldumlauf und die täglich fälligen Einlagen umfasst, ging im Juni auf 7,2 Prozent zurück, verglichen mit 7,9 Prozent im Mai. Die Jahresänderungsrate der sonstigen kurzfristigen Einlagen (M2 – M1) erhöhte sich im Berichtsmonat auf 2,0 Prozent nach 0,3 Prozent im Mai. Die jährliche Zuwachsrate der marktfähigen Finanzinstrumente (M3 – M2) stieg im selben Zeitraum von 0,6 Prozent auf 2,3 Prozent

Betrachtet man die Beiträge der einzelnen Komponenten zur Jahreswachstumsrate von M3, so belief sich der Beitrag des enger gefassten Geldmengenaggregats M1 im Juni auf 5,2 Prozentpunkte (nach 5,7 Prozentpunkten im Mai), jener der sonstigen kurzfristigen Einlagen (M2 – M1) auf 0,5 Prozentpunkte (nach 0,1 Prozentpunkten im Vormonat) und jener der marktfähigen Finanzinstrumente (M3 – M2) auf 0,1 Prozentpunkte (nach 0,0 Prozentpunkten im Vormonat).

Was die Entwicklung der in M3 enthaltenen Einlagen aus Sicht der geldhaltenden Sektoren betrifft, so sank die Jahreswachstumsrate der Einlagen privater Haushalte im Juni auf 4,1 Prozent nach 4,4 Prozent im Vormonat. Die entsprechende Rate der Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften verringerte sich von 6,5 Prozent im Mai auf 5,8 Prozent im Berichtsmonat. Die Jahreswachstumsrate der Einlagen nichtmonetärer finanzieller Kapitalgesellschaften (ohne Versicherungsgesellschaften und Pensionseinrichtungen) erhöhte sich unterdessen von 10,7 Prozent auf 11,9 Prozent.

Die Veränderungen der Posten der konsolidierten Bilanz des MFI-Sektors, die nicht zur Geldmenge M3 gerechnet werden (M3-Gegenposten), wirkten sich im Juni 2022 wie folgt auf die Jahreswachstumsrate von M3 aus: Die Kredite an den privaten Sektor steuerten 5,1 Prozentpunkte bei (gegenüber 4,7 Prozentpunkten im Vormonat), die Kredite an öffentliche Haushalte 3,5 Prozentpunkte (nach 3,7 Prozentpunkten), die längerfristigen finanziellen Verbindlichkeiten 0,0 Prozentpunkte (nach minus 0,1 Prozentpunkten), die Nettoforderungen an Ansässige außerhalb des Euroraums minus 1,3 Prozentpunkte (nach minus 1,9 Prozentpunkten) und die übrigen Gegenposten minus 1,6 Prozentpunkte (nach minus 0,6 Prozentpunkten).

Die Jahreswachstumsrate der gesamten Kreditvergabe an Nicht-MFIs im Euro-Raum erhöhte sich im Juni 2022 auf 6,2 Prozent nach 6,0 Prozent im vorangegangenen Monat. Im selben Zeitraum ging die jährliche Wachstumsrate der Kredite an öffentliche Haushalte von 8,9 Prozent auf 8,5 Prozent zurück, während sich jene der Kredite an den privaten Sektor von 4,8 Prozent auf 5,2 Prozent erhöhte.

Die Jahreswachstumsrate der (um Kreditverkäufe und -verbriefungen sowie fiktive Cash-Pooling-Aktivitäten) bereinigten Buchkredite an den privaten Sektor nahm von 5,6 Prozent im Mai auf 6,1 Prozent im Berichtsmonat zu. Dabei belief sich die jährliche Wachstumsrate der bereinigten Buchkredite an private Haushalte wie bereits im Vormonat auf 4,6 Prozent, die entsprechende Rate der bereinigten Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften stieg von 5,8 Prozent im Mai auf 6,8 Prozent im Berichtsmonat.

Kartenzahlungen auf dem Vormarsch

Im zweiten Jahr der Pandemie ist die Anzahl der von Zahlungsdienstleistern in Deutschland gemeldeten Kartentransaktionen im Vergleich zum Vorjahr aber-

Bestände des Eurosystems an Wertpapieren für geldpolitische Zwecke

Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	Ausgewiesener Wert zum 22. Juli 2022	Veränderungen zum 15. Juli 2022		Ausgewiesener Wert zum 29. Juli 2022	Veränderungen zum 22. Juli 2022	
		Käufe	Tilgungen		Käufe	Tilgungen
1. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	0,0 Mrd. €	–	-0,0 Mrd. €	0,0 Mrd. €	–	–
Programm für die Wertpapiermärkte	3,4 Mrd. €	–	–	3,4 Mrd. €	–	–
2. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	0,1 Mrd. €	–	–	0,1 Mrd. €	–	–
3. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	302,2 Mrd. €	+0,3 Mrd. €	-1,1 Mrd. €	302,4 Mrd. €	+0,5 Mrd. €	-0,2 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities	24,9 Mrd. €	+0,0 Mrd. €	-0,4 Mrd. €	24,6 Mrd. €	+0,1 Mrd. €	-0,4 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors	2 592,0 Mrd. €	+5,2 Mrd. €	-0,5 Mrd. €	2 591,5 Mrd. €	+4,5 Mrd. €	-5,0 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors	344,5 Mrd. €	+0,4 Mrd. €	-0,0 Mrd. €	344,8 Mrd. €	+0,4 Mrd. €	-0,0 Mrd. €
Pandemie-Notfallankaufprogramm	1 689,6 Mrd. €	+5,3 Mrd. €	-6,5 Mrd. €	1 692,0 Mrd. €	+4,9 Mrd. €	-2,5 Mrd. €

Quelle: EZB



mals deutlich gestiegen, und zwar um 10 Prozent auf über 8 Milliarden Zahlungen. Der Gesamtwert der Kartenzahlungen erhöhte sich um 8 Prozent auf 393 Milliarden Euro. Somit blieb der durchschnittliche Wert einer Kartenzahlung mit knapp 48 Euro nahezu unverändert. Das zeigen die jüngsten Ergebnisse der Zahlungsverkehrsstatistik der Deutschen Bundesbank.

Im Berichtsjahr 2021 wurden insgesamt 27 Milliarden unbare Zahlungstransaktionen (plus 5 Prozent) mit einem Wert von 65 Billionen Euro (plus 8 Prozent) von deutschen Zahlungsdienstleistern mit Nichtbanken erfasst. Dabei stiegen die Werte der Überweisungen, der Lastschriften und der Kartenzahlungen jeweils um etwa 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Bezogen auf den Wert der Transaktionen waren die Überweisungen mit einem Anteil von 94 Prozent (knapp 62 Billionen Euro) abermals das meistgenutzte unbare Zahlungsinstrument. Der Wert der Lastschriften betrug mit 3 Billionen Euro lediglich 5 Prozent des Transaktionswerts; sie machten jedoch mit 43 Prozent fast die Hälfte der unbaren Zahlungstransaktionen aus. Scheck- und E-Geldzahlungen, die inländische Zahlungsdienstleister für ihre Kundinnen und Kunden durchgeführt haben, wiesen vergleichsweise geringe Anteile an den gesamten unbaren Zahlungstransaktionen auf.

Die Anzahl der Bargeldabhebungen mit im Inland ausgegebenen Karten an Geldautomaten inländischer Zahlungsdienstleister ging um 10 Prozent auf 1,4 Milliarden Abhebungen im Jahr 2021 zurück. Der Wert verringerte sich jedoch lediglich um 3 Prozent auf 331 Milliarden Euro.

EZB: Klimastresstest

Die Europäische Zentralbank (EZB) und der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) haben Ende Juli einen gemeinsamen Bericht über die Auswirkungen klimabedingter Schocks auf das europäische Finanzsystem veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen, dass sich Klimarisiken rasch ausbreiten und Unternehmen

Konsolidierter Wochenausweis des Eurosystems

Aktiva (in Millionen Euro)	8.7.2022	15.7.2022	22.7.2022	29.7.2022
1 Gold und Goldforderungen	604274	604275	604273	604273
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	519014	519473	520267	521097
2.1 Forderungen an den IWF	226568	226567	226567	226569
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	292446	292906	293700	294529
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	27505	26954	26319	25698
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	10317	10336	10230	10313
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	10317	10336	10230	10313
4.2 Forderungen aus Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	2125648	2125519	2125580	2125795
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	1041	916	976	1077
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	2124603	2124603	2124603	2124718
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	4	0	1	0
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	0	0	0	0
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	28433	28802	27557	30794
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	5122977	5119252	5123301	5125630
7.1 Zu geldpolitischen Zwecken gehaltene Wertpapiere	4956883	4953862	4956687	4958861
7.2 Sonstige Wertpapiere	166094	165390	166614	166769
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	21677	21677	21677	21680
9 Sonstige Aktiva	314568	309398	309082	299199
Aktiva insgesamt	8774413	8765687	8768286	8764480
Passiva (in Millionen Euro)	8.7.2022	15.7.2022	22.7.2022	29.7.2022
1 Banknotenumlauf	1606447	1608685	1606761	1600872
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	4642804	4622903	4605124	4568576
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserveguthaben)	3914718	3910299	3904414	3855461
2.2 Einlagefazilität	726026	710260	698545	711059
2.3 Termineinlagen	0	0	0	0
2.4 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	2061	2343	2165	2056
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	55928	49823	50945	60534
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	0	0	0	0
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	819916	835291	843514	844168
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	627667	646040	656802	641923
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	192249	189251	186711	202245
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	396518	397159	412133	442153
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	11440	11470	11274	11487
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	6136	5864	5997	5725
8.1 Einlagen, Guthaben, sonstige Verbindlichkeiten	6136	5864	5997	5725
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugewiesene Sonderziehungsrechte	184896	184896	184896	184896
10 Sonstige Passiva	326970	326239	324284	322710
11 Ausgleichsposten aus Neubewertung	608538	608538	608538	608538
12 Kapital und Rücklagen	114819	114819	114819	114820
Passiva insgesamt	8774413	8765687	8768286	8764480

Quelle: EZB

wie auch Banken beeinträchtigen können. Der Bericht verdeutlicht einmal mehr die systemische Natur von klimabezogenen Risiken und liefert die Grundlage für makroprudenzielle Gegenmaßnahmen.

In dem Bericht werden mehrere Faktoren identifiziert, die dazu beitragen können, Klimarisiken im Finanzsystem zu verstärken. So können Transitionsrisiken durch wirtschaftliche und finanzielle Verflechtungen zwischen Banken und Unternehmen, aber auch untereinander vergrößert werden. Beispielsweise könnte ein plötzlicher Anstieg der CO₂-Preise die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass die Insolvenz eines Unternehmens zur Zahlungsunfähigkeit eines anderen führt. Dies gilt zwar vor allem für Unternehmen mit einem hohen CO₂-Ausstoß, doch könnten auch deren emissionsärmere Geschäftspartner betroffen sein.

Zugleich können Naturgefahren, die miteinander in Wechselwirkung stehen – wie Wasserknappheit, Hitzewellen und Waldbrände –, physische Klimarisiken verschärfen, da sie gemeinsam auftreten und sich gegenseitig verstärken können. Auch die Marktdynamik kann die finanziellen Auswirkungen physischer Risiken vergrößern. So könnte ein Klimaschock eine abrupte Neubepreisung von Klimarisiken nach sich ziehen. Dadurch können Notverkäufe ausgelöst werden, bei denen Finanzinstitute – insbesondere solche mit Portfolioüberschneidungen – gleichzeitig, schnell und in großer Zahl betroffene Vermögenswerte zu stark gefallen Preisen verkaufen.

Aus einer Szenarioanalyse geht hervor, dass sich Klimarisiken in einer bestimmten Abfolge im Finanzsystem manifestieren könnten. Zunächst könnten sich unvorhergesehene Klimaschocks abrupt auf die Marktpreise auswirken, wovon zuerst die Portfolios von Investmentfonds, Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften betroffen wären. Anschließend könnte es durch diese plötzlichen Neubewertungen zu Unternehmensinsolvenzen und in der Folge zu Verlusten bei Banken mit entsprechenden Kreditforderungen kommen.

Im Szenario eines ungeordneten Übergangs, das einen sofortigen und beträchtlichen Anstieg des Preises für CO₂-Emissionen unterstellt, könnten die Versicherungsunternehmen und Investmentfonds auf kurze Sicht Marktverluste in Höhe von 3 Prozent beziehungsweise 25 Prozent ihrer stressgetesteten Aktiva erleiden. Ein geordneter Übergang zu Netto-Null-Emissionen bis 2050 könnte solche Schocks indes abmildern und die negativen Folgen für Unternehmen und Banken begrenzen.

Die Wahrscheinlichkeit von Unternehmensausfällen wäre dann im Jahr 2050 zwischen 13 Prozent und 20 Prozent niedriger als bei den aktuell geltenden Maßnahmen. Auch die Kreditverluste der Banken würden in diesem Szenario geringer ausfallen.

Es wird auch erörtert, welchen Spielraum es für makroprudenzielle Maßnahmen im Rahmen einer umfassenderen politischen Reaktion auf die finanziellen Auswirkungen des Klimawandels gibt. Es wird dargelegt, wie bestehende Instrumente angepasst werden könnten, allen voran die Systemrisikopuffer und Konzentrationsschwellenwerte. Solche Maßnahmen könnten die Bemühungen auf der mikroprudenziellen Ebene ergänzen, darunter die Klimaagenda der EZB-Bankenaufsicht, zu der auch die laufende thematische Überprüfung von Klimarisiken und der Klimastresstest 2022 zählen.

Banken: Volumen hoch, NPL runter

Laut den Anfang August von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten konsolidierten Bankendaten stieg die Summe der Aktiva der Kreditinstitute mit Sitz in der EU von 30,45 Billionen Euro im März 2021 auf 31,71 Billionen Euro im März 2022. Dies entspricht einem Anstieg um 4,15 Prozent. Die Quote notleidender Kredite sank im selben Zeitraum um 0,54 Prozentpunkte auf 1,96 Prozent. Die Eigenkapitalrendite lag im März 2022 im EU-Durchschnitt bei 1,39 Prozent und die harte Kernkapitalquote bei 15,15 Prozent.

CCP: strengere Kreditbedingungen

Die Kreditbedingungen der Banken für Gegenparteien verschärfen sich im Berichtszeitraum von März bis Mai 2022. Im Vergleich zu früheren Umfragen in Krisenphasen scheint die Verschärfung vergleichsweise moderat ausgefallen zu sein. Die preislichen und die nichtpreislichen Konditionen wurden für alle Gegenparteien gestrafft; eine Ausnahme stellten Hedgefonds dar, bei denen die nichtpreislichen Konditionen per saldo unverändert blieben. Mit der Verschärfung setzte sich der in den vorangegangenen Quartalen beobachtete Trend fort.

Was die Bedingungen für wertpapierbesicherte Finanzierungen betrifft, so ergaben die Umfrageergebnisse ein gemischtes Bild. Dies zeigte sich am prozentualen Anteil der Befragten, die für die meisten Kategorien von auf Euro lautenden Sicherheiten geringfügig niedrigere Obergrenzen und etwas höhere Höchstlaufzeiten der Finanzierung meldeten, sowie an den gestiegenen Finanzierungssätzen/-aufschlägen für die meisten Arten von Sicherheiten.

Die Umfrageteilnehmer gaben an, dass für einen Großteil der Sicherheiten in Euro höhere oder unveränderte Bewertungsabschläge angesetzt worden seien. Ein erheblicher Anteil der Umfrageteilnehmer meldete eine höhere Finanzierungsnachfrage bei Geschäften mit Staatsanleihen als Sicherheiten, aber eine niedrigere Nachfrage bei Geschäften mit Aktien als Sicherheiten. In Bezug auf nicht zentral geclarte Over-the-Counter (OTC)-Derivate seien im Berichtszeitraum von März bis Mai 2022 die Anforderungen für Einschusszahlungen bei sämtlichen Arten von OTC-Derivaten gestiegen; zudem hätten sich die Liquiditätsbedingungen und Handelsaktivitäten für den Großteil der OTC-Derivate verschlechtert. Anzahl, Dauer und Persistenz von Bewertungsstreitigkeiten hätten bei nahezu allen Arten von OTC-Derivaten zugenommen, besonders stark bei Kreditderivaten, die sich auf Unternehmen beziehen, und bei Rohstoffderivaten.